

Titel:

Wissenschaft als Beruf – für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Perspektiven

Sehr geehrte Frau Ministerin Wanka,

sehr geehrte Wissenschaftsminister/innen der Länder,

sehr geehrte Mitglieder der Kultusministerkonferenz,

sehr geehrte Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz,

sehr geehrte Mitglieder des Wissenschaftsrats,

sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundesrats und Bundestags,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Forderungen nach einer Verbesserung der beruflichen Lage von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland werden wieder lauter. Die Situation für Promovierende, PostDocs und Lehrkräfte für besondere Aufgaben als befristet angestellte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist in jüngster Zeit wieder verstärkt in den politischen und medialen Fokus gerückt.¹ Wir halten nicht nur diese intensivierete Debatte, sondern (hochschul-) politische *Maßnahmen* zur Verbesserung der Beschäftigungssituation im deutschen Wissenschaftssystem für dringend notwendig.

Mit großem Interesse haben wir den Offenen Brief „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“ vom 19.8.2014 an die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) zur Kenntnis genommen, den wir hiermit nachdrücklich unterstützen.² Wir verstehen ihn als Impuls auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Politikwissenschaft und anderen Disziplinen gemeinsam und auf verschiedenen politischen Ebenen für eine Verbesserung der Situation von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzutreten. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach einer Ausweitung der Grundfinanzierung sowie die jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrats³, die Stellenstruktur deutscher Hochschulen grundlegend zu reformieren.

Viele Probleme, u.a. lediglich halbe Stellen für Promovierende bei hoher Arbeitsbelastung, mitunter sogar halbe Stellen für PostDocs, die Beschäftigung von Promovierenden auf

¹ siehe u.a. Berichte in: FAZ (<http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/hungerloehne-an-hochschulen-13259125.html>), TAZ (<http://www.taz.de/!147283/>), Süddeutsche Zeitung (<http://www.sueddeutsche.de/bildung/ausbeutung-von-wissenschaftlern-professor-in-spe-fuer-euro-die-stunde-1.2120831>; <http://www.sueddeutsche.de/bildung/bezahlung-von-wissenschaftlern-das-promovierte-prekariat-1.2160695>) und Die Zeit (<http://www.zeit.de/studium/hochschule/2014-10/universitaet-forschung-karriere-vertraege-befristet>).

² siehe: <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-arbeit-in-der-wissenschaft#sticky>

³ siehe: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4009-14.pdf>

Wissenschaftliche-Hilfskraft-Stellen, befristete Stellen mit hoher Lehrbelastung, ein Mangel an Dauerstellen, kurze Vertragslaufzeiten und Kettenverträge, fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Vergabe von un(ter)bezahlten Lehraufträgen etc., sind seit Jahrzehnten bekannt und werden immer wieder in Berichten kritisiert.⁴ Es hat sich jedoch an der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland (zu) wenig substantiell zum Besseren verändert; für viele Betroffene hat sich die Situation durch den Abbau unbefristeter Stellen im Mittelbau sogar verschlechtert.⁵ So kann und darf es nicht weitergehen. Wir sind der Auffassung, dass über zahlreiche, ohne Zweifel wichtige und richtige Problemdiagnosen und Appelle (wie auch den unseren) hinaus wirksame politische Maßnahmen überfällig sind.

Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) haben bereits 2008 bzw. 2010 eine Stellungnahme zur Bereitstellung von Nachwuchsstellen in der deutschen Politikwissenschaft verabschiedet (siehe: Anhang). Den darin festgehaltenen allgemeinen Forderungen schließen wir uns an. Wir möchten ihnen im Lichte der aktuellen hochschulpolitischen Debatte und des Offenen Briefes an die DGS mehr Nachdruck verleihen und zugleich bei allen Akteuren, die dazu in der Lage sind, anhaltende und konkrete Bemühungen zur effektiven Umsetzung der Stellungnahme anmahnen.

Voraussetzung für planbare und transparente Karrierewege in der Wissenschaft ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen auf Länder- und Bundesebene sowie die Leitung von Universitäten und Forschungseinrichtungen sich nachhaltig und handlungsorientiert mit der problematischen Stellensituation des sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchses auseinandersetzen. Die finanziellen Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen müssen durch eine angemessenere (Grund-) Ausstattung der Universitäten und Institute sowie durch die tatsächliche Ausfinanzierung von Planstellen verbessert werden. Ebenso dringend nötig ist eine Reform der bestehenden Stellenstruktur, um u.a. durch die Schaffung und Vergabe von mehr unbefristeten Stellen dauerhafte und planbare Berufsperspektiven in der Wissenschaft zu gewährleisten. Nur so werden die deutschen Hochschulen ihrem Auftrag der Sicherstellung qualitativ herausragender Lehre und Forschung gerecht werden können.

Wir **fordern** dazu auf, die Einhaltung geltender Standards konsequent sicherzustellen, darüber hinaus bestehende und kurzfristig herstellbare Möglichkeiten bei der mitarbeiterfreundlichen Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen auszuschöpfen und langfristig auf (landes- und bundes-) politischer, universitärer und Institutsebene für eine grundlegende Verbesserung von Beschäftigungsverhältnissen durch die Schaffung attraktiver, verlässlicher und familienfreundlicher Karriereperspektiven Sorge zu tragen. Dafür ist neben der Schaffung zusätzlicher Professuren und der Einführung von Entfristungsregelungen auch die verstärkte Förderung von Karrierewegen jenseits der Professur in der Forschung, in der Lehre und im Wissenschaftsmanagement notwendig.

Hier sind neben der Politik auch die Hochschulen gefragt: Wir **fordern** Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu auf, sich auf der Basis des (aus dem Templiner Manifest hervorgegangenen) Herrschinger Kodex der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf stabile Beschäftigungsbedingungen und planbare Karrierewege für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verpflichten. In der Pflicht sehen wir auch

⁴ z.B. Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013, verfügbar unter: http://www.buwin.de/site/assets/files/1002/6004283_web_verlinkt.pdf

⁵ zur Kritik an der Befristungspraxis siehe: http://www.gew.de/Evaluation_des_Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.html; zur Evaluation des WissZeitVG, siehe: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201104.pdf

Professorinnen und Professoren, die verantwortlich für die angemessene Ausschreibung und tatsächliche Ausgestaltung von Plan- und Drittmittelstellen sind.

Wir **fordern** politische Entscheidungsträger auf Länder- und Bundesebene, die Fachvereinigungen und die Leitung von Universitäten und Forschungseinrichtungen auf, gemeinsam mit den Betroffenen – u.a. Promovierenden, PostDocs, befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Lehrkräften für besondere Aufgaben und Lehrbeauftragten – Lösungen zu finden. Eine dauerhafte und angemessene Repräsentanz von Vertreterinnen und Vertretern des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Entscheidungsgremien von Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachvereinigungen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ist dafür unerlässlich, um sicherzustellen, dass nicht nur „über uns“, sondern vor allem „mit uns“ geredet und nach Wegen zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen gesucht wird. Im Dialog mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs müssen *jetzt* nachhaltige Veränderungen der Stellenstruktur sowie Regelungen für planbare Karriereperspektiven an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen entwickelt und dann auch umgesetzt werden. Es ist Zeit!

Dr. Andreas Kruck, Ludwig-Maximilians-Universität München (Sprecher der Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Politik der DVPW)

Dr. Gabi Schlag, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Sprecherin der Nachwuchsgruppe der Sektion Internationale Politik der DVPW)

Dr. Franziska Müller, Universität Kassel (Sprecherin der Nachwuchsgruppe der Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik der DVPW)

Elena Sondermann, Universität Duisburg-Essen (Sprecherin der Nachwuchsgruppe der Sektion Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik der DVPW)

Dr. Tobias Bach, Hertie School of Governance, Berlin (FoJuS-Sprecher, Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft der DVPW)

Martina McCowan, Ludwig-Maximilians-Universität München (FoJuS-Sprecherin, Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft der DVPW)

Stefan Thierse, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (FoJuS-Sprecher, Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft der DVPW)

Toralf Stark, Universität Duisburg-Essen (Sprecherrat der wissenschaftlichen Nachwuchswissenschaftler der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW)

Dr. Joscha Wullweber, Universität Kassel (Vorstand der Sektion Internationale Politische Ökonomie der DVPW)

Antonia Graf, Westfälische Wilhelms-Universität Münster (Vorstand der Sektion Internationale Politische Ökonomie der DVPW)

Eva Marlene Hausteiner, Humboldt-Universität zu Berlin (Sprecherin der Nachwuchsgruppe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte der DVPW)

Dr. Evelyn Bytzek, Universität Koblenz-Landau (Sprecherin der Nachwuchsgruppe des Arbeitskreises Wahlen und politische Einstellungen der DVPW)

Prof. Dr. Carina Sprungk, Freie Universität Berlin (Mitglied im Vorstand der DVPW, AG Nachwuchs)

Prof. Dr. Susanne Pickel, Universität Duisburg-Essen (Mitglied im Vorstand der DVPW, AG Nachwuchs)

Dr. Thorsten Thiel, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Mitglied im Beirat der DVPW, AG Nachwuchs)

Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls-Universität Tübingen (Vorsitzende der DVPW)

Bitte unterzeichnen Sie diesen offenen Brief hier:

<https://www.openpetition.de/petition/online/wissenschaft-als-beruf-fuer-bessere-beschaefigungsbedingungen-und-planbare-perspektiven>

im Dezember 2014

Anhang

Stellungnahme von Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zur Bereitstellung von Nachwuchsstellen in der deutschen Politikwissenschaft

Mit der Reformierung des deutschen Hochschulwesens haben sich auch die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs grundlegend gewandelt. So ist eine starke Ausdifferenzierung der formalrechtlichen Strukturen für die Nachwuchsförderung zu beobachten. Gleichzeitig steigt angesichts knapper werdender Ressourcen die Erwartung, dass sich der wissenschaftliche Nachwuchs – unabhängig von der Form des Beschäftigungsverhältnisses bzw. der Einbindung in Förderungsstrukturen – neben der wissenschaftlichen Tätigkeit in erheblichem Maße an der universitären Lehre und Selbstverwaltung beteiligt. Der Gefahr, dass als Konsequenz des strukturellen Umbruchs der wissenschaftliche Nachwuchs verstärkt als Gruppe von „Dienstleistenden“ verstanden und genutzt wird und die für die Disziplin so wichtige Förderung eines wissenschaftlich hochqualifizierten Personals an Gewicht verliert, soll mit den folgenden Empfehlungen begegnet werden.

- 1. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Personals sollte in der Regel innerhalb eines Arbeitsverhältnisses geleistet werden. Dabei ist ein erheblicher Zeitanteil für die eigene wissenschaftliche Qualifikation bereitzustellen und vertraglich abzusichern und somit zu gewährleisten, dass der Anstellungszeitraum für den Abschluss der Qualifikation ausreicht. Die Entlohnung sollte den erworbenen Qualifikationen angemessen sein; dem entspricht die derzeitige Entlohnung nach TVöD/TVL nicht.*
- 2. Universitäten sollten eine anspruchsvolle Qualifizierungsstruktur für die Entwicklung von Lehrkompetenzen und organisatorischen Fähigkeiten bereitstellen, die allen Nachwuchskräften und HochschullehrerInnen zur Verfügung steht.*
- 3. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollten prinzipiell auf unbefristeten Verträgen eingestellt werden, um zu gewährleisten, dass permanent anfallende Aufgaben fachgerecht von erfahrener Personal erfüllt werden.*
- 4. Angesichts der umfangreichen Aufgaben von PostDoc-StelleninhaberInnen in Lehre, universitärer Selbstverwaltung und eigenständiger Forschung empfiehlt die DVPW, die Ausschreibung von halben PostDoc-Stellen zu vermeiden. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung soll auf Wunsch der StelleninhaberInnen allerdings geboten werden.*
- 5. Die DVPW fordert die Hochschulen dazu auf, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu sichern. So müssen beispielsweise die Auswirkungen von Elternschaft bei der Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen berücksichtigt werden. Auch müssen die Anpassung von Vertragsdauer oder Altersgrenzen an Elternzeitphasen oder Teilzeittätigkeiten zur Selbstverständlichkeit werden.*
- 6. Ferner fordert die DVPW die Hochschulen dazu auf, auch anderweitige Qualifikationen des wissenschaftlichen Nachwuchses, z.B. Berufstätigkeitszeiten vor oder während des Studiums, bei der Bewertung des wissenschaftlichen Werdegangs und insbesondere bei den Altersgrenzen zu berücksichtigen.*
- 7. Vertretungen für Professuren sollen in Vollzeit (bei Vollzeitvertretungen) und in W-Gehalt oder entsprechendem BAT/TVL-Gehalt für die Dauer eines vollen Semesters (6 Monate) besetzt werden. Eine Ausschreibung als Lehrauftrag ist nicht akzeptabel.*
- 8. Doktorandenstellen sollten als mindestens halbe BAT/TVL-Stellen oder als Stipendien ohne Lehrverpflichtung ausgeschrieben werden. Ausschreibungen von Wissenschaftlichen Hilfskraft-Stellen als Doktorandenstellen sollten vermieden werden, insbesondere dann, wenn die Stellen Aufgaben abdecken sollen, die Haushaltsstellen vorbehalten sind (Lehre in Pflichtfächern).*
- 9. Lehraufträge an Personen ohne festes Beschäftigungsverhältnis sollten grundsätzlich vergütet werden. Die Lehraufträge sind so auszugestalten, dass Vor- und Nachbereitungszeiten sowie der Prüfungsaufwand berücksichtigt werden.⁶*

⁶ Die Punkte 1 bis 6 wurden von Vorstand und Beirat der DVPW am 15. Februar 2008 in Osnabrück verabschiedet. Am 23. Oktober 2010 wurde die Stellungnahme in Hannover um die Punkte 7 bis 9 ergänzt. (siehe:

<http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Stellungnahme%20zur%20Nachwuchsf%F6rderung%20Oktober2010.pdf>)